

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

17. WP - 18. Sitzung

am Donnerstag, dem 30. September 2010,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Astrid Damerow (CDU)

i.V. von Werner Kalinka

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegfried Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Schippels (DIE LINKE)

i.V. von Antje Jansen

Flemming Meyer (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	5
Gesetzentwurf der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“ Drucksache 17/370	
2. Arbeitslosengeld bei Schwangeren	6
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/824	
Gesetzeslücke schließen - Arbeitslosengeld an Schwangere zahlen	
Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/846	
3. Entwurf eines Terminplans für das erste Halbjahr 2011	8
Umdruck 17/1211	
4. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung spricht Abg. Baasch den von ihm gestellten Antrag, Umdruck 17/1221, an, mit dem er beantragt habe, vor den Haushaltsberatungen eine Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände und des Landesjugendrings durchzuführen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Anhörungen durch den Ausschuss beschlossen würden; seit Eintreffen des Antrages habe noch keine Ausschusssitzung stattgefunden, auf der ein derartiger Beschluss hätte gefasst werden können.

Die Vertreter der Oppositionsfractionen argumentieren dahin, dass es sich bei den gewählten Organisationen um solche von übergeordneter Bedeutung handele; die Freien Wohlfahrtsverbände handelten stellvertretend für alle sozialen Träger, und der Jugendbereich sei durch Landesjugendring umfasst.

Die Regierungsfractionen weisen darauf hin, dass die einzelnen Fractionen bereits Gespräche mit den genannten sowie weiteren Verbänden führten.

Nach einer kurzen Unterbrechung von 16:50 bis 16:55 Uhr, die von Abg. Sassen beantragt wird, beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Volksinitiative „Kinderrechte stärken - Armut bekämpfen“
Drucksache 17/370

(überwiesen am 18. März 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Sozialausschuss und den Petitionsausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/754, 17/778, 17/801, 17/802, 17/815, 17/817, 17/819,
17/825, 17/849, 17/854, 17/855, 17/872, 17/876, 17/879,
17/880 (neu), 17/881, 17/884, 17/887, 17/888, 17/889,
17/895, 17/896

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe das weitere Vorgehen in dieser Sache vereinbart worden sei. Er schlägt vor, die Beratung des Gesetzentwurfs zurückzustellen. - Der Ausschuss folgt diesem Vorschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Arbeitslosengeld bei Schwangeren

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/824

Gesetzeslücke schließen - Arbeitslosengeld an Schwangere zahlen

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/846

(überwiesen am 10. September 2010)

Abg. Tenor-Alschausky hält den Antrag der Fraktion der SPD für konkreter, da er eine genaue Gesetzesstelle aufgreife.

Abg. Sassen regt in künftigen Fällen einen interfraktionellen Austausch an, um möglicherweise einen gemeinsamen Antrag in den Landtag einbringen zu können.

Abg. Dr. Bohn stellt fest, dass inhaltlich das gleiche Ziel verfolgt werde. Sie halte allerdings den Antrag der Fraktion der SPD für konkreter, da er an einer bestimmten Gesetzesstelle ansetze. Die Bundesagentur für Arbeit, auf die in dem Antrag der Koalitionsfraktionen Bezug genommen werde, sei lediglich ausführendes Organ.

Der Vorsitzende zeigt Verständnis für das Anliegen, eine gesetzliche Regelung herbeiführen zu wollen, hält jedoch den von den Regierungsfractionen vorgeschlagenen Weg, über eine Dienstanweisung zu gehen, für schneller und somit sinnvoller.

Abg. Baasch legt dar, dass sich zwar für den aktuellen Fall eine Lösung abzeichne; hier solle jedoch der Klageweg beschritten werden, was er - auch für die Betroffenen für nicht befriedigend halte.

Er schlägt vor, den zweiten Absatz im Antrag der Regierungsfractionen durch den Text des SPD-Antrages zu ersetzen. Der Vorsitzende erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden, sofern das Verb „fordert auf“ durch das Verb „bittet“ ersetzt wird. Damit erklärt sich Abg. Baasch einverstanden.

Der Ausschuss empfiehlt sodann dem Landtag einstimmig bei einer Enthaltung die Annahme des Antrags in der wie vorgeschlagen geänderten Fassung: Das Verb „fordert auf“ in dem Text in Drucksache 17/846 wird durch das Verb „bittet“ ersetzt. Der so geänderte Text ersetzt Absatz 2 des Antrags Drucksache 17/824.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Terminplans für das erste Halbjahr 2011

Umdruck 17/1211

Der Ausschuss beschließt die aus Umdruck 17/1211 ersichtlichen Termine für das erste Halbjahr 2011.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 17:05 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin